

ANFRAGE

des Abgeordneten Dr. Walter Laki

an den Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Wolfgang Sobotka

gemäß § 39 Abs. 2 LGO 2001

betreffend Gemeindeaufsicht: **Beendigung der Spekulationen im Zusammenhang mit dem Haushalt des Landes**

Begründung:

Fünf EU-Staaten stecken bereits in großen Zahlungsschwierigkeiten.

In Slowenien wird derzeit überlegt, ESM-Mittel in Anspruch zu nehmen.

Um diesen Weg zu vermeiden, haben die Schweiz und Deutschland bereits eine Schuldenbremse eingeführt.

Beginnen wir - rechtzeitig - mit der Reform im eigenen Land!

Hochkomplexe, risikobehaftete und spekulative derivative Finanzinstrumente gehören zur Risikoklasse 5, Totalverlust nicht ausgeschlossen. Wie vom Land Salzburg in Folge des Untersuchungsausschusses bekannt geworden, ist der Einsatz von Zinsderivaten insbesondere aufgrund des hohen Verwaltungsaufwandes und des Risikos nicht vertretbar; mehr noch: es ist mit den bereits heute geltenden Bestimmungen unvereinbar.

Bereits im Rechnungshofbericht über Finanzierungsinstrumente der Gebietskörperschaften mit Schwerpunkt Land Niederösterreich 2010/8 steht folgendes: „Das Land Niederösterreich führte Derivatgeschäfte mit hohem Volumen und zum Großteil ohne direkten Bezug auf ein Grundgeschäft durch. Das Limit für den Value at Risk als Risikomaß eines möglichen Verlustes der so genannten Sondergeschäfte wurde im Dezember 2008 überschritten.“ Und weiter: „Das Nominale der Derivatgeschäfte betrug im Jahr 2008 rd. 2 Mrd. EUR.“

Im Dezember 2012 berichtete die Zeitung *Der Standard*:

„Das Land Niederösterreich "optimiert" seine Schulden mithilfe riskanter Fremdwährungstauschgeschäfte. Knapp 1,3 Milliarden Euro soll das Portfolio schwer sein. Swaps in isländischer Krone gehörten ebenfalls dazu wie Optionen auf Schweizer Franken.

Auch den Marktwert des Portfolios behält das Land für sich. Nur so viel gibt Sobotka preis: Die Island-Swaps seien schon vor längerer Zeit abgestoßen worden. Wie hoch die Verluste dabei waren, bleibt ein Geheimnis. Riskanter sind aber ohnehin die Franken-Papiere. Durch die Aufwertung der Schweizer Währung wurde der angepeilte Zinsvorteil mehr als überkompensiert. Allein ein

dokumentierter Franken-Swap mit Nominale von 50 Millionen Euro verzeichnete bei Fälligkeit im Vorjahr einen negativen Marktwert von sechs Millionen.

Insider berichten, dass die Spekulationen federführend von der Raiffeisenlandesbank Niederösterreich-Wien, der landeseigenen Hypo und der Bank Austria abgewickelt wurden. Dabei gibt es auch interessante personelle Verflechtungen. Als Verbindungsglied fungiert Heinz Hofstätter bzw. seine Unternehmensberatung Areta. Hofstätter war früher bei der Hypo und bei der ebenfalls landeseigenen Fibeg tätig und leitete das ominöse Investment-Vehikel Aurelius.

Hinlänglich bekannt ist die Linzer Swap-Affäre. Die BAWAG sicherte einen Frankenkredit mit einer Zins-Fremdwährungswette ab. Als das Derivat immer tiefer unter Wasser geriet, stellte Oberösterreichs Landeshauptstadt die Zahlungen ein, die Bawag klagte auf 417,57 Millionen Euro. Wie toxisch diese Produkte sind, zeigt ein Gutachten des Schweizer Professors Martin Janssen. Er spricht von einem Risiko von 1,2 Milliarden Euro. "Man hätte ebenso gut auf Schweinebäuche spekulieren können." Nachsatz: Dann wäre wenigstens das Risiko gestreut worden."

(DER STANDARD, 10.12.2012)

Der Gefertigte stellt daher folgende

Anfrage:

1. In welchem Ausmaß war das Land Niederösterreich im Zeitraum 2002 bis 2012 in derivativen Finanzprodukten engagiert? (Eine entsprechende Aufstellung wird erbeten.)
2. Hat das Land eine Bewertung dieser Produkte durchgeführt? – Falls ja, wird um Gegenüberstellung von Ankaufspreis und Tageswert jeweils zum 31.12. der Jahre 2006, 2007, 2008, 2009, 2010, 2011 und 2012 ersucht.
3. Wie hoch waren in diesen Jahren die Umsätze in diesem Zusammenhang? – Darzustellen jeweils von 1.1. bis 31.12.
4. Wie hoch waren in diesem Zusammenhang die Ankaufs- und Verkaufspesen sowie Managementgebühren jeweils von 1.1. bis 31.12 des jeweiligen Jahres?
5. Für welchen Zeitraum ist beabsichtigt, die Positionen der Zins- und Währungsspekulation zu beenden?
6. Hat es gerichtliche oder außergerichtliche Vergleiche mit Banken gegeben? – Falls ja, zwischen welchen Vertragspartnern und in welcher Höhe? (Eine möglichst informative Aufstellung wird erbeten.)